

BUND-Regionalverband Donau-Iller
BUND-Kreisverband Ulm

Gemeinsame Pressekonferenz zum Jahreswechsel 2016/2017

Ulm, 28. Dezember 2016

im BUND-Umweltzentrum in Ulm

TeilnehmerInnen des BUND:

Ulrich Müller, Regionalvorsitzender

Dr. Martin Denoix, stellv. Regionalvorsitzender, Vorsitzender KV Ulm

Christian Killius, stellv. Vorsitzender KV Alb-Donau-KreisUlm

Reiner Frohmüller, Schatzmeister RV Donau-Iller

Es gilt das gesprochene Wort.

Unzufriedenheit mit ungebremstem Flächenverbrauch

Im Rahmen der traditionellen Pressekonferenz des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zum Jahreswechsel äußern sich die Vertreter des Umweltverbandes besorgt darüber, dass trotz entsprechender gesetzlicher Vorgaben der Flächenverbrauch nahezu ungebremst weitergeht. Trotz kleiner gewordenen Grundstücksgrößen sorgt der Bauboom gerade bei Einfamilienhäusern immer wieder für Neuausweisungen von Wohngebieten.

Im Gegensatz dazu stehen innerörtliche, unbebaute Grundstücke aus privaten Gründen oftmals nicht für Bauzwecke zur Verfügung oder verhindern leerstehende ehemalige landwirtschaftliche Betriebe wegen Abstandsregelungen innerörtlichen Wohnungsbau.

Besonders ungünstig, so der Regionalvorsitzende Ulrich Müller, ist der Flächenverbrauch bei neuen Gewerbegebieten. Während innerörtlich wegen hoher Abbruchkosten mehrgeschossige Industriebrachen oftmals keine Nachnutzung erfahren, ist die eingeschossige Bauweise bei gewerblichen Neubauten auf zuvor landwirtschaftlichen Flächen weit verbreitet. Wegen fehlender gesetzlicher Vorgaben ist der unnötige Flächenverbrauch für ebenerdige Firmenparkplätze besonders kritisch zu sehen. Hier müssen mehrgeschossige Parkdecks zu einem flächensparenden Standard werden. Als willkommener Nebeneffekt würde dies Pkw-Pendlern Schattenparkplätze im Sommer und schneefreie Stellplätze im Winter bieten.

Eine solch großflächige Überbauung des immer wertvoller werdenden Guts Boden ist Ressourcenverschwendung und angesichts der schon seit der Zeit des Ministerpräsidenten Oettinger von jeder Landesregierung geforderten Zurückhaltung beim Flächenverbrauch fahrlässig. Es ist auch zu fragen, ob in Zeiten eines durch billiges Geld erzeugten Wirtschaftsbooms Gewerbeflächen so bedenkenlos überbaut werden sollten. Obwohl er immer knapper wird, scheint Boden zu billig zu sein.

Der Kreisvorsitzende Christian Killius fordert darüber hinaus: Wenn schon Böden als landwirtschaftliche Nutzfläche, als Wasserspeicher, als Energielieferant und als Lebensraum für Pflanzen und Tiere verloren gehen, müssen die überbauten Flächen als Ersatz für die weggefallenen Funktionen wenigstens Energie liefern. Deshalb sollten zumindest alle Dächer von Gewerbebauten mit PV-Modulen belegt werden. So könnten die Firmen ihren MitarbeiterInnen im Zuge der aufkommenden Elektromobilität eine Stromtankstelle zur Verfügung stellen.

Eine bedenkliche Entwicklung und „heimliche“ Bodenversiegelung stellt die vielerorts zu beobachtende „Verschotterung“ von Vorgärten und sonstiger ehemaliger Grünflächen dar. Diese Steinwüsten sind ökologisch tot und führen zu einem Rückgang der Artenvielfalt. Auch die vertikale Variante ist vor allem in den Städten klimatisch ein Desaster, denn der Schotter heizt sich stark auf und nachts wird die ganze Wärem abgestrahlt. Es ist paradox: Auf der einen Seite fördert man Dachbegrünung, auf der anderen Seite lässt man „Verschotterung“ in allen Variationen zu. Wenn die Kommunen schon nicht dagegen einschreiten, sollten sie wenigstens mit gutem Beispiel vorgehen und nicht, wie stellenweise im Alb-Donau-Kreis zu beobachten, ehemalige Beete städtischer Liegenschaften zuschottern.

Flächenverschlingendes Einzelhandelsprojekt contra Naturschutz

Ein abschreckendes Beispiel, so Schatzmeister Reiner Frohmüller, im Umgang mit

FFH-Schutzgebieten und Versiegelung von Flächen auf der grünen Wiese im Landschaftsschutzgebiet ist das Einzelhandel-Projekt von Illerkirchberg.

Nicht nur, dass Illerkirchberg mit einem großflächigen Verbrauchermarkt ein strukturell grundsätzlich unzulässiges Projekt verfolgt, zerstört dies besonders geschützte Naturräume, versiegelt durch überdimensionierte ebenerdige Parkplätze große Flächen und verstärkt den Druck auf den regionalen Lebensmittelhandel. Der BUND wird ein solch zerstörerisches Projekt nicht akzeptieren.

Durch die dortige großflächige Versiegelung nur wenige Meter vom FFH-Gebiet "Donau zwischen Munderkingen und Ulm und nördliche Iller" mit den wertvollen Quellbereichen, Hang- und Schluchtwäldern sowie dem unterhalb der Hangkante liegenden bayerischen FFH-Gebiet "Illerauen" mit seinen Altwässern würde beiden europäischen Schutzgebieten die lebensnotwendige Wasserzufuhr abgeschnitten.

Reduzierter RE-Halt in Amstetten

Die Ausdünnung der RE-Halte in Amstetten zeigt exemplarisch, dass der regionale ÖPNV weiterhin unterfinanziert ist. Der BUND fordert daher eindringlich, dass der Ausbau des ÖPNV Vorrang erhält vor dem Bau neuer Straßen. Gerade in Amstetten meint Ulrich Müller, dass die geplante Umgehung durch die freie Landschaft ein enormes Investitionsbudget bindet, obwohl die B 10 innerörtlich nur wenige Haushalte tangiert.

Der Bahnhof Amstetten wurde bisher von vielen Pendlern aus dem Raum Langenau - Gerstetten - Heidenheim Richtung Stuttgart genutzt, auch wegen der vielen kostenlosen Parkplätze in Bahnhofsnähe. Der verbleibende RE-Halt in Geislingen ist für PKW-Fahrer umständlicher zu erreichen, erhöht in der Stadt die Verkehrsdichte und bietet weniger attraktive Parkplätze in Bahnhofsnähe. Auch die Verknüpfung der Buslinien mit den bisherigen RE-Halten in Amstetten sprechen für eine Beibehaltung aller dort bestehenden Zughalte.

Anstatt in Amstetten wäre auch ein RE-Halt in Lonsee denkbar, das günstiger zwischen den Halten Geislingen und Ulm liegt. Allerdings ist Lonsee ein unbesetzter Bahnhof mit wenig Pendlerparkplätzen. Busanbindungen wären jedoch auch vorhanden.

Um besser abwägen zu können, welche RE-Haltestelle von der Mehrzahl der Berufspendler priorisiert wird, schlägt der BUND eine Zählung und Befragung der Pendler vor. Dies wäre echte Kundenorientierung von der Bahn.

Elektromobilität mit nachhaltiger Stromerzeugung koppeln

Angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung hin zur Elektromobilität fordert BUND-Kreisvorsitzender Christian Killius zusätzliche Anstrengungen im Bereich Photovoltaik. Der Strom für Elektroautos sollte möglichst dezentral und auf bereits vorhandenen Dächern erzeugt werden. Um dies zu gewährleisten, muss der seit 2013 auch in den Landkreisen Alb-Donau und Biberach dramatisch eingebrochene Photovoltaik-Zubau wieder an Fahrt aufnehmen. Dies gilt vor allem für Eigenheime. Interessant ist für Hausbesitzer die Kombination mit einem Hausspeicher. Wer keinen zusätzlichen Speicher installiert hat, kann jedoch auch in Zukunft mithilfe des Akkus

im Auto tagsüber Strom speichern und - falls das Auto für das bidirektionale Laden freigeschaltet ist – abends wieder an das Hausnetz zurückgeben. Damit kann der Eigenverbrauch erhöht und die Stromrechnung gesenkt werden. Besitzer einer eigenen Photovoltaik-Anlage tanken also Sonnenenergie vom Dach. Auch deshalb lohnt sich eine Photovoltaik-Anlage trotz gesunkener Einspeisevergütung auch weiterhin. Gleichzeitig können die Auto-Batterien von Elektroautos das Stromnetz stabilisieren, indem sie in Zeiten hoher Sonneneinstrahlung Strom abnehmen und bei fehlender Sonne oder Wind Strom ins Netz zurückgeben (smart grid). Wer mit seinem Elektroauto zur Arbeit fährt, kann den Akku während der Arbeitszeit aber nur dann sinnvoll aufladen, wenn Firmenparkplätze Lademöglichkeiten mit nachhaltig erzeugtem Strom anbieten. Hier eröffnet sich für Firmen eine interessante Möglichkeit, per Photovoltaik sich an den Kosten für die Mobilität der Mitarbeiter zu beteiligen oder sie eventuell ganz zu übernehmen.

Mehr Radverkehr muss möglich gemacht werden

Der motorisierte Individualverkehr wird von vielen als Erfolgsgeschichte angesehen, ermöglicht er doch gerade Menschen auf dem Land Teilhabe am wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Diesen Vorteilen stehen leider auch gravierende Nachteile gegenüber, wie hohes Verkehrsaufkommen und – damit einhergehend – Lärm, Abgase, Flächenverbrauch und eine Zersiedelung der Landschaft. Nach einer seit dem 2. Weltkrieg durchgeführten beispiellosen Automatisierung vieler Lebensbereiche ist leider noch nicht bei allen politisch Verantwortlichen die Erkenntnis gereift, dass immer mehr Straßen nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems sind. Und leider ist zu beobachten, dass gerade auf dem Land das Auto eine Vorrangstellung genießt, dass es gewissermaßen als das „normale“ Verkehrsmittel angesehen wird, dem sich andere Fortbewegungsarten unterordnen müssen. Dem Umstand, dass Autofahren quasi als Normalzustand angesehen wird, und den im Vergleich zu den Städten guten Parkmöglichkeiten in den ländlichen Regionen, ist es zu verdanken, dass Radfahren dort bisher ein Nischendasein darstellt, das wenig zur Fahrt zum Arbeitsplatz oder zum Einkaufen eingesetzt wird.

Die grün geführte Landesregierung will den Anteil des Radverkehrs deutlich erhöhen. Der BUND begrüßt die Pläne für den weiteren Ausbau des Radwegenetzes in der Region und fordert die Beseitigung der noch bestehenden Lücken, wie zum Beispiel zwischen Laichingen und Westerheim, Laichingen und Berghülen und im Bereich Ehingen von Berg nach Rottenacker. Ziel muss auch für Radfahrer die kürzeste Verbindung zwischen Gemeinden bzw. Gemeinden und ihren Ortsteilen sein. Damit wird die Attraktivität des Radfahrens erhöht, und zwar nicht nur für urlaubende Radwanderer, sondern auch für die einheimische Bevölkerung. In das Radnetz einzubinden ist unbedingt auch der zukünftige Bahnhof in Merklingen.

Damit sich mehr Menschen im Alltag auf das Rad schwingen, sind aber von der Politik noch mehr Anstrengungen nötig als der Bau einiger Radwege. Wichtig ist eine auf das Radfahren abgestimmte Infrastruktur innerorts. Hier fehlt in manchen Kommunen noch der politische Wille.

Zweifelhafte Ökopunkte im Biosphärengebiet

Bei der Gründung des Biosphärengebiets Schwäbische Alb haben viele beteiligten Gemeinden Waldfläche für die Kernzonen eingebracht um auf die geforderten mindestens 3% Flächenanteil Kernzone im BSG zu kommen. Mit der Gründung des Biosphärengebiets (31.01.2008, in Kraft seit 22.03.2008) wurde also auf die weitere Nutzung, insbesondere von Holz, verzichtet. Diese Wälder sind das Herzstück des Biosphärengebietes und waren schon lange wertvolle Flächen für den Naturschutz, die nicht mehr intensiv genutzt wurden, da sich eine Bewirtschaftung der meist schwierig zu bearbeitenden Hanglagen nie wirklich gelohnt hat.

Inzwischen lassen sich immer mehr Gemeinden diesen Nutzungsverzicht, der für das Biosphärengebiet rechtlich verbindlich festgelegt ist, als Ökopunkte auf das baurechtliche Ökokonto anrechnen. Dadurch werden im Fall von Ehingen und Schelklingen Millionen von Ökopunkten generiert, für die die Gemeinden keine weiteren Anstrengungen unternehmen müssen. Der Ausgleich für den weiter ungebremsst stattfindenden Flächenverbrauch ist hiermit zum „Nulltarif“ zu haben. Der BUND und der LNV sehen dies als einen Verstoß gegen bestehende Gesetze und Verordnungen und erwarten von den betreffenden Gemeinden, dass diese Praxis eingestellt wird.

Letzte artenreichen Blumenwiesen im Landkreis verschwinden

Vor zehn Jahren gab es im Alb-Donau-Kreis noch über 500 Hektar artenreiche, blütenbunte Mähwiesen, die kartiert wurden und nach der europäischen Flora-Fauna-Habitatrichtlinie streng geschützt sind. Mit dieser relativ kleinen Fläche nimmt unser Flächenlandkreis mit seiner meist intensiven Landwirtschaft jedoch einen Platz als Schlusslicht in Baden-Württemberg ein.

Nach Meinung des Regionalvorsitzenden Ulrich Müller haben es die Behörden aber seither versäumt, diesen europäischen Schutz in effektive Maßnahmen vor Ort umzusetzen. Durch schleichende Intensivierung bei der landwirtschaftlichen Nutzung mit früheren Mähzeitpunkten, häufigerem Schnitt und vor allem unerlaubter Stickstoffdüngung wurden die wüchsigen Gräser gefördert. Ein dichter und höherer Graswuchs geht aber immer zu Lasten der lichtbedürftigen, bunt blühenden Kräuter. Wenn diese wegen des früheren Schnitts nicht mehr aussamen können, verschwinden sie im Lauf der Jahre allmählich. Ohne Wirtspflanzen, z.B. Wiesenknopf, wilde Möhre und Witwenblume, sterben Blütenbesucher wie Wildbienen und Schmetterlinge aus, die wiederum oftmals Nahrung für viele, zum Teil seltene Vogelarten sind. Auch zahlreiche Laubheuschrecken und Grillen sind auf krautige Nahrung angewiesen. Die Landschaft wird still, verliert ihren besonderen Charakter und ist damit auch für Besucher weniger attraktiv.

Nur noch 300 Hektar dieser vormals 500 Hektar Mähwiesen hatten auch bei der Wiederholungskartierung im Jahr 2013 noch einen schutzwürdigen Charakter. Und auch bei diesen hat sich die Artenanzahl teilweise deutlich verringert.

Der BUND hat mit dem Landratsamt kürzlich konstruktive Gespräche geführt, damit die Fachdienste Landwirtschaft und Naturschutz mit den betroffenen Landwirten Maßnahmen für die zu schützenden Blumenwiesen einleiten.

Wenn die letzten blütenreichen Mähwiesen durch Gülledüngung auch noch verschwinden, verbleiben in unserem Landkreis nur noch wenige Wacholderheiden in

Naturschutzgebieten. Deren Vegetation unterscheidet sich aber durch die Schafbeweidung grundlegend von der Pflanzengesellschaft magerer Mähwiesen. Diese sind in ihrer Vielfalt (auch bei den Tierarten) unersetzlich.

Müllvermeidung und Ressourcenschonung

Der BUND sieht die sowohl die entstehenden Müllberge als auch den immensen Ressourcenverbrauch durch Getränke-Einwegbecher äußerst kritisch. Nach erfolgreichem Abschluss der Aktion „Recyclingpapier in Universitätsdruckern und -kopierern“ hat die BUND-Hochschulgruppe in Ulm eine Aktion zur Vermeidung von Einweg-Warmgetränke-Bechern gestartet. Ziel ist die Möglichkeit an den Getränkeautomaten selbst mitgebrachte Mehrwegbecher benutzen zu können. Diese Aktion soll andere Initiativen ergänzen, die zurzeit in Ulm entstehen um die Müllflut durch die Einwegbecher zu brechen. Die Hochschulgruppe geht damit über das Anbieten von wiederverwertbaren Bechern z.B. aus Bambus hinaus, sagt Dr. Martin Denoix.

Klimaschutzkonzept der Stadt Ulm ist noch zu unkonkret

Im Herbst hat der Ulmer Gemeinderat Maßnahmen zum 2015 verabschiedeten Klimaschutzkonzept beschlossen. Diese Maßnahmen können als erster Schritt zur Umsetzung des Konzeptes gewertet werden, beinhalten aber bei Weitem noch nicht die notwendigen, konkreten Schritte. Die erforderliche Verinnerlichung durch die gesamte Kommunalpolitik, die Verwaltung und die Bürger der beschlossenen Klimaschutzziele wird damit noch lange nicht bewirkt.

Weitere baldige und mutige Schritte müssen folgen. Hier sieht sich auch der BUND in der Pflicht und wir werden – auch in Kooperation mit anderen Arbeitskreisen und Initiativen – hier unsere Stimme erheben um den Klimaschutz in Ulm voranzubringen.

Entwicklung des städtischen Verkehrs

Einige positive Entwicklungen sind nun auf den Weg gebracht bzw. realisiert:

- Die Karlstraße wurde in ihrer neuen Verkehrsführung von der Neutor- bis zur Frauenstraße fertiggestellt. Die Planungen gehen auf intensive Gespräche zurück, an denen der BUND beteiligt war. Bisherige Beobachtungen bestätigen das Konzept des multifunktionalen Mittelstreifens.
- Die endgültige Festlegung des Rückbaus der Friedrich-Ebertstraße auf drei Spuren ermöglicht eine bessere Einbindung des Radverkehrs. Zwei Spuren hätten noch mehr Möglichkeiten geschaffen.

Eher negativ beurteilen wir dagegen folgende Fakten:

- Weiterhin hohe Belastung der Innenstadt mit NO_x. Hier sollte mit mehr Mut die Entwicklung von Initiativen wie z.B. elektromobiler Lieferverkehr in der Stadt vorangetrieben werden.
- Laut Verwaltung stellt die Belastung mit Stäuben durch den Straßenverkehr zurzeit kein Problem dar. Der BUND zweifelt, ob zu dieser Feststellung überhaupt aussagekräftige Messungen vorliegen.

- Die teilweise Rücknahme der Tempo-30-Zonen in den Ortsteilen verschlechtert die Situation der Radfahrer, Fahrradschutzstreifen werden oft von Autofahrern nicht beachtet.

Stadtentwicklung

Innenentwicklung/Nachverdichtung muss ökologisch sinnvoll erfolgen

Durch den hohen Bedarf an Wohnraum nimmt das Thema Nachverdichtung Fahrt auf. Der BUND steht dazu im Dialog mit der Stadtverwaltung. Zu suchen sind nach unserer Meinung vor allem Wege, neuen Wohnraum in mehrgeschossigen Gebäuden auf ungenutzten innerstädtischen Arealen entstehen zu lassen. Dabei wird vermehrt auch der Leerstand von bestehendem Wohnraum in den Focus rücken müssen.

Gleichzeitig muss gewährleistet werden, dass für das Stadtklima und die Aufenthaltsqualität wichtige Grünflächen (dazu zählen auch Gartenflächen) erhalten bleiben, erklärt Dr. Martin Denoix.

Ökologischer Ausgleich von Baumaßnahmen gefährdet

Ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Bauvorhaben sind sinnvoll und in der Stadt Ulm bislang annähernd zufriedenstellend geregelt. Durch neuerliche Interpretationen und Regelungen droht aber eine Inflation der sogenannten Ökopunkte, die zur Bewertung von Ausgleichsflächen und zur Berechnung von Ausgleichsmaßnahmen herangezogen werden. Der BUND warnt eindringlich vor dieser Inflation und befürchtet dadurch ein Anwachsen nicht nachhaltig geplanter Vorhaben.

Insgesamt sehen wir weiterhin eine positive Kooperation des BUND mit der Stadt Ulm, z.B. bei Pflanzaktionen mit SchülerInnen, der Landschaftspflege, in der Umweltberatung, der Umweltbildung und der Aktion "Pflanz dir einen Stammbaum"! Wachsamkeit ist aber weiterhin nötig: wir beobachten genau die Planungen am Donauufer, bei der Wilhelmsburg und im Hindenburgareal sowie Rodungen durch den Festungsverein.

Aktivitäten des Kreisverbands Ulm (Auswahl 2016/2017):

Die BUND-Gruppe Ulm-Mitte realisiert ein Gesamtkonzept für die ökologische Aufwertung der Streuobstwiese „Hermannsgarten“ am Kuhberg. Immer häufiger werden auch öffentliche, umweltpädagogische Veranstaltungen stattfinden. In 2016 haben Schulklassen erstmals an mehreren Terminen im Jahr die Streuobstwiese im Jahreslauf besucht. Das nun fest etablierte Apfelfest hatte 2016 einen Besucherrekord. Sehr zu begrüßen ist die Weiterführung der Aufstellung von Wildbienen-„Hotels“ entlang städtischer Wanderwege. Anfang 2017 ist die Aufstellung von weiteren fünf dieser „Hotels“ geplant.

Vorschau auf das erste Halbjahr 2017:

7. März: Elektromobilität Kooperation mit vh Ulm und WBZU:

22. März: Kreismitgliederversammlung